

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Schwermaschinenbau AG Wildau (Land Brandenburg)

In der Zeit von April 1990 bis zum 3. Oktober 1990 gingen 250 Beschäftigte des Wildauer Schwermaschinenbaubetriebes in den Vorruestand. Dabei handelte es sich zumeist um die ältesten, langjährig im Betrieb Tätigen. Mit ihrer Bereitschaft, die Vorruestandsregelung in Anspruch zu nehmen, wollten sie ihren Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten. Das wurde verbal von der Geschäftsleitung begrüßt. Die Vereinbarungen zum Vorruestand entsprachen denen anderer Betriebe. Abfindungen allerdings blieben ausgespart.

Von Beginn des Jahres 1991 an wurde für weitere 1078 zu entlassene Beschäftigte ein Sozialplan ausgehandelt, der jedoch Abfindungen je nach Betriebszugehörigkeit in Höhe von 5 000 bis 15 000 DM vorsah. Die 250 Vorruestandlerinnen und Vorruestandler fanden dabei aber keine Berücksichtigung.

Das genannte Problem betrifft auch Beschäftigte zahlreicher anderer Unternehmen, wie die Schiffs- und Yachtwerft Berlin, die LAUBAG u. a., die vor dem 3. Oktober 1990 in den Vorruestand gegangen sind.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß zwischenzeitlich eine Vereinbarung zwischen Treuhandanstalt und DGB abgeschlossen wurde, die für die genannten Fälle die Zahlung einer Abfindung vorsieht?
2. Ist es nach Auffassung der Bundesregierung rechtmäßig, daß die im Sozialplan 1991 vereinbarten, von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängigen Abfindungen für die Vorruestandlerinnen und Vorruestandler nicht gelten, obwohl in der 1990 getroffenen Vorruestandsregelung der Erhalt der Betriebszugehörigkeit vereinbart wurde?
3. Warum hat die Bundesregierung die an sie gerichteten Schreiben (z. B. drei Briefe der Wildauer Vorruestandler an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, einen Brief an Kanzleramtsminister Friedrich Bohl) nicht beantwortet?

4. Denkt die Bundesregierung über ein Antwortschreiben nach?

Wenn nein, warum nicht?

Bonn, den 11. August 1993

**Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Gregor Gysi und Gruppe**